



Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)
Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)
Swiss Centre of Expertise in Human Rights (SCHR)

JAHRESBERICHT RAPPORT ANNUEL RAPPORTO ANNUALE

2015

JAHRESBERICHT 2015

- 6** VORWORT
- 8** BILANZ UND PERSPEKTIVEN FÜR EINE NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTION
- 10** AKTIVITÄTEN 2015
- 13** PERSONNELLES
- 14** DAS NEUE KINDESSCHUTZRECHT: ALLES GUT?
- 16** STRUKTUR UND FINANZEN
- 17** AUSBLICK

RAPPORT ANNUEL 2015

- 20** AVANT-PROPOS
- 22** BILAN ET PERSPECTIVES POUR UNE INSTITUTION NATIONALE DES DROITS HUMAINS
- 24** ACTIVITÉS 2015
- 27** L'ÉQUIPE DU CSDH
- 28** NOUVEAU DROIT DE PROTECTION DE L'ENFANT: TOUT VA POUR LE MIEUX?
- 30** STRUCTURE ET FINANCES
- 31** PERSPECTIVES

RAPPORTO ANNUALE 2015

- 34** PREFAZIONE
- 36** BILANCIO E PROSPETTIVE PER UNA ISTITUZIONE NAZIONALE PER I DIRITTI UMANI
- 38** ATTIVITÀ 2015
- 41** PERSONALE
- 42** NUOVO DIRITTO IN MATERIA DI PROTEZIONE DEI MINORI: TUTTO A GONFIE VELE?
- 44** STRUTTURA E FINANZE
- 45** PROSPETTIVE

JAHRESBERICHT

2015

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

VORWORT

2015 war für das SKMR ein besonders wichtiges Jahr. Die fünfjährige Pilotphase mündete in eine positive Evaluation, und der Bundesrat entschied, das Mandat des Zentrums zu verlängern.

Jahr 5 der Pilotphase

Das im Jahr 2011 gegründete SKMR war gemäss dem Beschluss des Bundesrates als fünfjähriges Pilotprojekt konzipiert, um den Bedarf für eine unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution in der Schweiz abzuklären und Erfahrungen im Hinblick auf eine allfällige permanente Institution zu sammeln. Die 2015 durchgeführte Evaluation attestierte dem SKMR durch die Vermittlung von Fachkompetenz und die Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen wissenschaftlich hochstehende und gleichzeitig praxisrelevante Forschungsleistungen erbracht zu haben.

Am 1. Juli 2015 hat der Bundesrat das Mandat des SKMR verlängert. Es kann damit seine Aufgabe als Dienstleistungszentrum im Bereich der Menschenrechte bis zur allfälligen Errichtung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution – jedoch längstens bis Ende 2020 – weiterführen.

Somit ist für die nächsten Jahre Kontinuität angesagt. Dies schliesst Wandel allerdings nicht aus. Eine wichtige Aufgabe für Direktorium und Geschäftsstelle im Berichtsjahr 2015 war es, die Erfahrungen der Pilotphase auszuwerten und gestützt darauf Massnahmen für eine Veränderung der Organisation zu ergreifen. Künftig wird sich das SKMR auf einige mehrjährige Schwerpunktthemen fokussieren. Dadurch soll zum einen eine engere Zusammenarbeit der beteiligten universitären Institute sichergestellt werden. Zum andern soll dies helfen, das Profil des SKMR in einer breiteren Öffentlichkeit zu schärfen. Dazu gehört auch die geplante Verstärkung der Kommunikationsarbeit.

Praxisrelevanz

Das SKMR ist ein universitäres Netzwerk. Es arbeitet mit wissenschaftlichen Kriterien und Methoden. Allerdings kann es seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es praxisrelevant bleibt. Voraussetzung dafür ist, dass Probleme identifiziert werden, welche in der Praxis von Behörden oder im Alltag von Menschen von Bedeutung sind und die eine menschenrechtliche Komponente aufweisen. Das SKMR hat den Anspruch, solche Probleme mit wissenschaftlichen Methoden und auf der Grundlage einer strikten Orientierung an den Menschenrechten zu bearbeiten. Ziel ist es, konkrete Lösungen aufzuzeigen, die mit den menschenrechtlichen Vorgaben im Einklang stehen.

Mehrere Projekte des Berichtsjahrs waren in besonderem Ausmass praxisrelevant. Die Studie zu den menschenrechtlichen Standards für die Untersuchungshaft und ihrer Umsetzung in der Schweiz hat in mehreren Kantonen Reformbemühungen ausgelöst. Die Evaluation der Rechtsberatung und Rechtsvertretung während der Testphase für die Neustrukturierung im Asylbereich hat dazu beigetragen, dass die Anträge des Bundesrates zur Asylgesetzrevision im Parlament erfolgreich waren. Die Studie zu ersten Erfahrungen im Bereich der Umsetzung des Kinderschutzrechtes in den Kantonen Genf, Waadt und Zürich fand ein grosses Medienecho, nachdem die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) in den Fokus öffentlicher Kritik geraten waren. Zum Handbuch Migrationsrecht Schweiz erhielten wir positive Rückmeldungen aus Justiz, Anwaltschaft und

Behörden. Der Praxisleitfaden «Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe», an welchem das SKMR mitgewirkt hat, konnte bereits in Weiterbildungsveranstaltungen für im Sozialbereich tätige Personen umgesetzt werden. Praxisrelevant ist schliesslich auch die mehrjährige Studie zum Thema Zugang zur Justiz im Bereich des Diskriminierungsschutzes, welche das SKMR im Auftrag des Bundes erstellt hat und die 2016 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird.

Mehrere dieser Projekte wurden als sogenannte Drittaufträge, d.h. ausserhalb des Leistungsauftrages des Bundes, durchgeführt. Die Nachfrage in diesem Bereich hält an und ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Arbeit des SKMR nach fünf Jahren auch ausserhalb der Universitäten als relevant beurteilt wird.

Abschied und Dank

2015 war auch für mich persönlich von besonderer Bedeutung: Ende Jahr erfolgte zusammen mit meinem Rücktritt von der Universität Bern auch die Übergabe meines Amts an meinen Nachfolger. Prof. Jörg Künzli leitet seit Beginn des SKMR überaus erfolgreich den Themenbereich Polizei und Justiz und wird dies auch weiterhin tun. Damit liegt die Zukunft des SKMR in ausgezeichneten Händen. Er wird mit Evelyne Sturm und ihrem Team von einer engagierten und kompetenten Geschäftsstelle unterstützt und kann auf die loyale Mitwirkung des Direktoriums und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Themenbereiche sowie die umsichtige Begleitung durch den Lenkungsausschuss des Bundes und den Beirat zählen. Ihnen allen bin ich äusserst dankbar. Besonders danken möchte ich dem Zentrum für Menschenrechtsbildung (ZMRB) der Pädagogischen Hochschule Luzern und vor allem auch humanrights.ch/MERS, den beiden Partnerinstitutionen, die sich aus dem Netzwerk zurückziehen.

Ich blicke mit Genugtuung auf die Arbeit der letzten fünf Jahre zurück. In Erinnerung bleiben die Arbeit an herausfordernden, menschlich und intellektuell

anregenden Projekten, das grosse Mass an wohlwollender Unterstützung, die ich oft gespürt habe, und die vielen Erfahrungen, die zeigen, dass es auch für die Schweiz eine Herausforderung bleibt, den Menschenrechten im Alltag ihren Platz einzuräumen.

Walter Kälin



Walter Kälin (ehemaliger Direktor) und Jörg Künzli (neuer Direktor ab 2016)

BILANZ UND PERSPEKTIVEN FÜR EINE NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTION

Die externe Sicht auf die fünfjährige Pilotphase des SKMR und die Erkenntnisse für eine künftige Institution

Das letzte Jahr der Pilotphase stand nicht zuletzt im Zeichen der Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus dem Pilotprojekt für eine künftige Institution ziehen lassen. Die externe Evaluation des SKMR, welche der Bund durchführen liess, lieferte wichtige Antworten, die von einer Stellungnahme des Beirates ergänzt wurden. Am 9. November 2015 diskutierten schliesslich Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Städten, NGOs und internationalen Organisationen sowie der Wirtschaft über ihre bisherigen Erfahrungen mit dem SKMR und mögliche Modelle für eine künftige Institution.

Ein guter bis sehr guter Leistungsausweis für das Dienstleistungszentrum

Die im April 2015 veröffentlichte externe Evaluation war breit ausgerichtet: Sie analysierte die Struktur und Funktionsweise des Netzwerkes ebenso wie die Leitung, die Qualitätssicherung und die institutionelle Einbettung des SKMR. Sie nahm zudem eine Auswertung der 102 Dienstleistungen und Publikationen vor, die in vier Jahren erarbeitet worden waren, und untersuchte die Wirkung, die das SKMR durch seine Tätigkeit erzielte.

Für die Leistungen zeichnet die Evaluation eine positive Bilanz und stützt sich dabei auf eine bei den Auftraggeberinnen und Auftraggebern des SKMR und interessierten Kreisen durchgeführte Befragung. Die Befragten bewerteten den Praxisnutzen der Aktivitäten des SKMR «eher hoch» bis «hoch» und die Qualität der Leistungen als «gut» bis «sehr gut». Sodann fällt auch die Gesamtbeurteilung positiv aus: Das Zentrum habe die in Rahmen- und Leistungsvereinbarung übertragenen Aufgaben «gut» bis «sehr gut» erfüllt, so das Ergebnis der Evaluation. Mit seinen beschränkten Mitteln habe das SKMR «wichtige Beiträge zur Stärkung der Menschenrechtspolitik der Schweiz» leisten können, «dies insbesondere mit der Vermittlung von Fachkompetenzen sowie mit Blick auf die Sensibilisie-

rung spezifischer Zielgruppen». Obschon der Bund der grösste Auftraggeber war, hätten auch Kantone, NGOs und die Privatwirtschaft ein Interesse am SKMR. Der Nutzen des SKMR für die Schweiz wurde von den befragten Auftraggeberinnen und Auftraggebern denn auch als «gross» bis «sehr gross» eingeschätzt.

Mit Blick auf die Zukunft befürwortete eine Mehrheit der befragten Kreise die Schaffung einer künftigen Nachfolgeinstitution. Als zentrale Voraussetzungen für eine solche Institution nannten mehr als 80% der befragten Auftraggeberinnen und Auftraggeber die Publikationsfreiheit, die internationale Anerkennung, eine freie Grundfinanzierung und die Unabhängigkeit vom Staat.

Der SKMR-Beirat empfiehlt eine rechtlich verselbständigte Institution

Bilanz über die Tätigkeit des Zentrums hat auch der SKMR-Beirat in einer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates gezogen. Gemäss den 40 Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik, NGOs und Wirtschaft hat das SKMR mit qualitativ überzeugenden fachlichen und praxisorientierten Dienstleistungen einen Mehrwert geschaffen. Der Beirat zeigte sich beeindruckt vom Mass an Interdisziplinarität und der Breite des Beziehungsnetzes des SKMR, welche in dieser Art von unkoordinierten Universitätsinstituten nicht hätten realisiert werden können. Gestützt auf die Erfahrungen aus der Pilotphase spricht sich auch der Beirat für eine Nachfolgeinstitution «als nützliche und notwendige Institution für die Schweiz» aus. Diese Institution sollte über eine hinreichend gewährte Unabhängigkeit basierend auf einer gesetzlichen Grundlage verfügen und rechtlich verselbständigt sein. Sie sollte ganz oder zumindest zum grössten Teil den UNO-Leitlinien für Nationale Menschenrechtsinstitutionen, den sogenannten Pariser Prinzipien, entsprechen. Mit der Forderung nach Schaffung der gesetzlichen Grundlagen in der jetzigen Legislatur formulierte der Beirat auch zeitliche Erwartungen.

Der Blick auf die Zukunft

Der positiven Beurteilung der bisherigen Tätigkeit des SKMR hat sich der Bundesrat angeschlossen, als er am 1. Juli 2015 dessen Mandat bis zur allfälligen Schaffung einer permanenten Institution, längstens aber bis Ende 2020, verlängerte. Das SKMR wird damit als Dienstleistungszentrum weiterbestehen und dabei, soweit dies im vertraglichen Rahmen mit dem Bund möglich ist, die vom Beirat und dem Evaluationsteam aufgezeigten Verbesserungsmöglichkeiten umzusetzen versuchen.

Ob eine hinreichend breite politische Abstützung für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine unabhängige Menschenrechtsinstitution besteht, wird sich weisen. Jedenfalls liefert das Pilotprojekt wichtige Erkenntnisse zum Bedarf und Nutzen einer solchen Institution und bildet eine sehr gute Grundlage für den Aufbau einer allfälligen nationalen Menschenrechtsinstitution.

Die Evaluation und weitere Berichte zur Bilanz des Pilotprojekts:

- Schlussbericht Evaluation SKMR, publiziert am 2. Juli 2015 auf ARAMIS
- Stellungnahme und Empfehlungen des SKMR-Beirates vom 29. April 2015
- Erfahrungsbericht und Stellungnahme des Direktoriums des SKMR zu einer zukünftigen Menschenrechtsinstitution vom 25. August 2014

Beirat des SKMR: Im Beirat nehmen Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Einsitz. Er berät das Diretorium des SKMR zur strategischen Ausrichtung des Zentrums.

Die Mitglieder des Beirates per 31.12.2015: Hans Ambühl, Doris Angst (Vizepräsidentin), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Sabrina Dallaflor Matter, Eugen David (Präsident), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Ulrich E. Gut, Kurt Gysi, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodollet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Frank Schürmann, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenried. Beobachterin: Vreni Müller-Hemmi.

AKTIVITÄTEN 2015

Information, Beratung und Tagungen: Das SKMR unterstützt Behörden, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft bei der Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz mit einer breiten Palette an Aktivitäten.

Aufgabe des SKMR ist es, verschiedene Akteure in der Schweiz bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu unterstützen und zu stärken. Das SKMR bietet dafür Dienstleistungen in Form von Studien, Evaluationen, Gutachten, Seminaren, Tagungen und weiteren Aktivitäten an. Hier eine Übersicht der Publikationen und Veranstaltungen im Jahr 2015:

Publikationen 2015

Die folgenden Publikationen sind im vergangenen Jahr veröffentlicht worden und stehen auf der Website des SKMR (www.skmr.ch) zur Verfügung:

Corporate Social Responsibility – Rahmenbedingungen für die Förderung und Integration von menschenrechtlichen Inhalten in ein modernes CSR-Verständnis, 17. Februar 2014, 113 S.

Studie, die einen zeitgemässen CSR-Begriff präsentiert, welcher auch menschenrechtliche Komponenten beinhaltet und dem Bund als Grundlage für die Erarbeitung eines neuen integralen nationalen CSR-Konzepts diente.

Rechtsschutz und Freiheitsentzug, 31. Juli 2014, 186 S.

Untersuchung im Auftrag des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal SAZ zur Frage, welche prozessualen Möglichkeiten den inhaftierten Personen während des Freiheitsentzuges im Straf- oder Massnahmenvollzug zur Geltendmachung ihrer Ansprüche offenstehen.

Le droit de protection de l'enfant – Les premiers effets de la mise en œuvre dans les cantons de Genève, Vaud et Zurich, 18. Dezember 2014, 111 S.

Studie zu den ersten Auswirkungen des neuen Kinderschutzrechtes mit den Schwerpunkten Interdisziplinarität der Behörde, Kindesanhörung und Rechtsvertretung.

Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe – Ein Leitfaden für die Praxis, 2015, 128 S. Der Leitfaden zeigt auf, welche Fragen im Zusammenhang mit den Grund- und Menschenrechten der Sozialhilfebezieherinnen und -bezüger im Einzelfall zu prüfen sind und wie man im sozialarbeiterischen Alltag zu tragfähigen Entscheidungen kommen kann. Der Leitfaden ist eine Publikation der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Das SKMR hat die Ausarbeitung begleitet und fachlich unterstützt.

Handbuch Migrationsrecht Schweiz – Europa- und bundesrechtliche Grundlagen des schweizerischen Asyl- und Ausländerrechts, 2015, 437 S.

Publikation zu den für die Schweiz relevanten Normen des europäischen und schweizerischen Asyl- und Ausländerrechts mit aktuellen Fallbeispielen und einer Zusammenstellung der massgeblichen Rechtsprechung.

Untersuchungshaft – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 11. Mai 2015, 81 S.

Die Studie analysiert die internationalen Standards zur Ausgestaltung von Untersuchungshaft, den entsprechenden Rechtsrahmen in der Schweiz sowie die schweizerische Praxis und nimmt vor diesem rechtlichen Hintergrund eine Bewertung vor.

Schulische Menschenrechtsbildung in der Romandie, 30. Juni 2015, 262 S.

Studie zum aktuellen Stand der schulischen Menschenrechtsbildung in der Westschweiz mit Handlungsempfehlungen basierend auf einer Analyse des Plan d'études romand und von empirischen Untersuchungen zur Menschenrechtsbildung in der schulischen Praxis.

Der Schutz vor Antisemitismus in der Schweiz – Zur rechtlichen Situation der jüdischen Gemeinschaft und zur Umsetzung der Erklärung des OSZE-Ministerrates gegen Antisemitismus, 6. Dezember 2015, 95 S.

Studie zur Umsetzung der OSZE-Ministerratserklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus von 2014 in der Schweiz sowie Untersuchung der rechtlichen Situation der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz.

Veranstaltungen 2015

Menschenrechte und Geschichte – 10. Internationales Menschenrechtsforum Luzern (IHRF), 8.–9. Mai 2015, Luzern

Unterstützung des zweitägigen Forums, organisiert durch das Zentrum für Menschenrechtsbildung der PH Luzern, welches in verschiedenen Diskussionsrunden, Workshops und Panels aktuellen Fragen im Diskurs über Menschenrechte und Geschichte nachging.

Die UN-Behindertenrechtskonvention zwischen gesellschaftlicher Vision und Alltag, 10. September 2015, Luzern

Beitrag zum Kongress der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, der eine Plattform bot zur gemeinsamen Reflektion der Chancen und Herausforderungen, welche die Behindertenrechtskonvention für die Praxis und die weitere Entwicklung der Behindertenpolitik darstellt.

Die Empfehlungen des UNO-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz,

29. September 2015, Bern
Expertentagung zu drei ausgewählten Schwerpunktthemen (Ombudsstelle für die Rechte des Kindes; Kinder mit Behinderungen; psychische Gesundheit und Suizid von Kindern), die aus den an die Schweiz gerichteten Abschliessenden Bemerkungen des UNO-Kinderrechtsausschusses hervorgehen.

Kundgebungen und Demonstrationen: Von der Bewilligung bis zum Crowd Management – Aktuelle Rechts- und Praxisfragen in der Schweiz, 30. Oktober 2015, Bern

Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zu den Herausforderungen, mit welchen sich die schweizerischen Behörden im Umgang mit politischen Kundgebungen konfrontiert sehen.

5 Jahre SKMR – Bilanz und Perspektiven für eine Nationale Menschenrechtsinstitution in der Schweiz, 9. November 2015, Bern

Fachtagung mit einem Rückblick auf fünf Jahre SKMR und den Perspektiven für eine Menschenrechtsinstitution in der Schweiz.

Prekäres Leben in der Stadt aus menschenrechtlicher Sicht, 13. November 2015, Neuenburg

Fachtagung zur Tragweite sozialer Ausschlussmechanismen und der Relevanz von Menschenrechten in diesem Kontext. Unter Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse wurden innovative Lösungsansätze mit Schwerpunkt Arbeit und Beschäftigung diskutiert.

Weitere Aktivitäten 2015

Einige Beispiele:

- Verschiedene Weiterbildungsmodule im Bereich Polizei, Soziale Arbeit und internationaler Menschenrechtsschutz;
- Evaluation zum Rechtsschutz im beschleunigten Asylverfahren des Bundes;
- Untersuchung zum Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen;
- Erstellung eines Newsletters über die nationale und internationale Rechtsprechung und politischen Vorstöße im Bereich Freiheitsentzug;
- Betreibung der Datenbank zum Gleichstellungsgesetz (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Erweiterung der App Women's Human Rights (www.womenshumanrights.ch);
- Organisation und Teilnahme an der jährlichen Tagung der Thun Group of Banks, in der sich sieben Banken mit der Umsetzung der UNO-Leitprinzipien zu Menschenrechten und Wirtschaft im Finanzsektor auseinandersetzen.

PERSONNELLES

Mitglieder des Direktoriums und Mitarbeitende des SKMR im Jahr 2015



Wechsel in der Leitung

Das SKMR verabschiedete Ende Dezember seinen bisherigen Direktor, Prof. em. Walter Kälin, der nach seiner Emeritierung an der Universität Bern auch von seiner Funktion als Direktor des SKMR zurücktrat. Walter Kälin hat seit 2011 den Aufbau des SKMR mit viel Weitsicht geleitet und konnte das Zentrum erfolgreich in der institutionellen Landschaft etablieren, wofür wir ihm zu ausserordentlichem Dank verpflichtet sind.

Neuer Direktor ist Prof. Jörg Künzli, Ordinarius für Staats- und Völkerrecht am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern.

2015 waren folgende Personen für das SKMR tätig:

Geschäftsstelle

Walter Kälin (Direktor)
Evelyne Sturm (Geschäftsführerin)
Lukas Heim (bis Oktober)
Marianne Hochuli
Reto Locher
Nora Martin

Themenbereich Migration

Gianni D'Amato (Mitglied des Direktoriums)
Pascal Mahon (Mitglied des Direktoriums)
Dina Bader
Fanny Matthey
Johanna Probst

Themenbereich Polizei und Justiz

Jörg Künzli (Mitglied des Direktoriums)
Anja Eugster
Vijitha Fernandes-Veerakatty
Nula Frei
Maria Schultheiss

Themenbereich Geschlechterpolitik

Michèle Amacker (Mitglied des Direktoriums)
Christina Hausamann (Mitglied des Direktoriums ad interim)
Josefin De Pietro (bis Juni)
Irene Grohsman (bis Mai)
Ira Gurtner (ab Juli)
Olga Vinogradova

Themenbereich Kinder- und Jugendpolitik

Philip Jaffé (Mitglied des Direktoriums)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Themenbereich Institutionelle Fragen

Eva Maria Belser (Mitglied des Direktoriums)
Peter Hänni (Mitglied des Direktoriums)
Andrea Egbuna-Joss

Themenbereich Menschenrechte und Wirtschaft

Christine Kaufmann (Mitglied des Direktoriums)
Hans Peter Wehrli (Mitglied des Direktoriums)
Sabrina Ghielmini
Christoph Good (bis Februar)
Gabriela Medici (ab Juli)
Jonatan Niedrig (ab Juli)

Menschenrechtsbildung

Peter G. Kirchschläger (Mitglied des Direktoriums bis Juni)
Thomas Kirchschläger (Mitglied des Direktoriums ab Juli)
Carmen Suter

Information und Sensibilisierung

Alex Sutter (Mitglied des Direktoriums)
Christina Hausamann
Isabelle Michaud
David Mühlmann
Beatrice Schild

Bilder 1, 2, 4, 6, 7:
Veranstaltung «5 Jahre SKMR – Bilanz und Perspektiven für eine Nationale Menschenrechtsinstitution in der Schweiz», 9.11.2015

Bilder 3, 5:
Veranstaltung «Kundgebungen und Demonstrationen: Von der Bewilligung bis zum Crowd Management – Aktuelle Rechts- und Praxisfragen in der Schweiz», 30.10.2015

DAS NEUE KINDESSCHUTZRECHT: ALLES GUT?

Eine SKMR-Studie in den Kantonen Genf, Waadt und Zürich zeigt Handlungsbedarf bei der Umsetzung des neuen Kindesschutzrechtes auf.

Am 1. Januar 2013 ist schweizweit ein neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft getreten. Die Revision sieht eine interdisziplinäre und professionelle Zusammensetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vor, gewährt den Kantonen jedoch grossen Spielraum bei der Umsetzung. Die Zusammensetzung wie auch die Funktionsweise dieser interdisziplinären Behörde können die Umsetzung der Kinderrechte beeinflussen, insbesondere in Bezug auf das Recht des Kindes auf Anhörung und das Recht auf Beteiligung am Verfahren. Eine zweijährige Studie des SKMR hat die ersten Auswirkungen des neuen Kindesschutzrechtes in den drei Kantonen Genf, Waadt und Zürich näher untersucht. Die Verpflichtungen der UNO-Kinderrechtskonvention, allen voran der Grundsatz, dass bei jedem Handeln die Interessen des Kindes vorrangig zu berücksichtigen sind, sowie das Recht des Kindes auf Anhörung und Mitwirkung bildeten dabei den Ausgangspunkt.

Ausbildungsbedarf für Kindesanhörungen

Das Kindesschutzrecht sieht vor, dass das Kind angehört wird, bevor eine geeignete Massnahme zu seinem Schutz angeordnet wird, wie die Ernennung eines Beistands oder in gravierenden Fällen die Fremdplatzierung. Diese Anhörung kann durch die Kindesschutzbehörde oder per Delegation durch eine beauftragte Drittperson vorgenommen werden, soweit keine wichtigen Gründe wie z.B. das Alter dagegen sprechen. In den drei untersuchten Kantonen werden die Anhörungen zum Teil von der Kindesschutzbehörde, zum Teil durch den Kinder- und Jugendhilfediens und in gewissen Fällen durch externe Psychologinnen oder Psychiater durchgeführt.

Die Erhebung zeigte, dass die Kindesanhörungen noch nicht überall systematisch stattfanden, wobei die Gründe unter anderem bei der mangelnden Ausbildung der Behördenmitglieder liegen. Die befragten Kindesschutzbehördenmitglieder und anderen im Kindesschutzbereich aktiven Personen waren sich darin einig, dass die für die Anhörung verantwortlichen Personen über eine spezifische Ausbildung verfügen sollten, um die Anhörung unter Respektierung des Kindesinteresses durchführen zu können. Weiterbildungen in Kinderpsychologie, Befragungstechniken sowie im Umgang mit dem Kind im Verfahren werden bereits zum Teil angeboten,

wären aber vermehrt notwendig. Eine solche spezifische Ausbildung würde erlauben, die Kinder systematischer anzuhören.

Bedarf an Rollenklärung und Sensibilisierung

Die Umwandlung in eine vom Gesetz neu geforderte interdisziplinäre Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist in den drei untersuchten Kantonen noch im Gang oder schon abgeschlossen. Die Untersuchung zeigt, dass mit der Integration von Fachpersonen aus den Disziplinen der Sozialarbeit und der Psychologie in die KESB auch die Rollen und die Verantwortung von Behördenmitgliedern und Akteuren im operationellen Bereich (Kinderhilfediens) neu definiert werden mussten. Bei der Suche nach Lösungsansätzen für diese Rollenfindung braucht es Unterstützung. Im Kanton Zürich tragen beispielsweise das kantonale Gemeindeamt, als Überwachungsorgan der KESB, sowie die KESB-Präsidien-Vereinigung zu einer aktiven und lösungsorientierten Auseinandersetzung mit der Rollenverteilung bei. Es ging aus der Untersuchung gleichzeitig auch hervor, dass es nötig ist, für diese Koordination zwischen den KESB und den operationellen Diensten genügend Zeitressourcen zur Verfügung zu stellen.

Neu im Gesetz ist schliesslich eine Verfahrensrechtsvertretung für das Kind vorgesehen. Die Anordnung solcher Kindesrechtsvertreterinnen und -vertreter wird aber noch nicht überall als Mehrwert und Stärkung der Position des Kindes betrachtet. Unklarheiten bestehen zudem in der Abgrenzung der Kindesrechtsvertretung zu anderen Formen des Beistandes. Der Klärungs- und Sensibilisierungsbedarf ist in diesem Bereich noch erheblich.

Auch ist noch zu wenig geklärt, wie genügend kompetente und erfahrene Kindesrechtsvertretungen zur Verfügung stehen können. Abhilfe könnten hier Massnahmen schaffen wie die spezifische Ausbildung von sogenannten «Kinderanwältinnen und -anwälten» und die Errichtung von Netzwerken, wie dies vom Verein Kinderanwaltschaft Schweiz in der Deutschschweiz

bereits mittels eines Online-Portals angeboten wird. Die Kinderrechtskommission des Genfer Anwaltsverbands, die unter anderem auf Initiative des Vereins Juris Conseil Junior errichtet wurde, ist ebenfalls ein praktisches Beispiel, wie die Ausbildung und Vernetzung von Kinderanwältinnen und -anwälten vorangetrieben werden kann.

Ausblick

Die Erhebung in den drei Kantonen zeigt auf, dass es für eine kinderrechtskonforme Umsetzung des Kindesschutzrechts unabhängig von der institutionellen Ausgestaltung auf kantonaler Ebene noch Aus- und Weiterbildungsmassnahmen und einer weiteren Sensibilisierung bedarf, und zwar sowohl bei Behördenmitgliedern als auch bei der Rechtsvertretung. Die in der Studie aufgezeigten Beispiele von praktischen Lösungsansätzen in Bezug auf die Rollenklärung und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren können auch für die Umsetzung in anderen Kantonen von Interesse sein.

KESB: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sind Gerichts- oder Verwaltungsbehörden, die in den Kantonen für die erstinstanzlichen Entscheide im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zuständig sind.

Die zweisprachige SKMR-Studie ist als kostenloser Download auf der Website des SKMR veröffentlicht.

STRUKTUR UND FINANZEN

Änderungen bei den Partnerinstitutionen auf Ende 2015.
Kurzfristiger Rückgang der Einnahmen aus Aufträgen.

Auf Ende der Pilotphase haben sich das Zentrum für Menschenrechtsbildung (ZMRB) der Pädagogischen Hochschule Luzern und humanrights.ch/MERS aus dem SKMR zurückgezogen. Während der vergangenen fünf Jahre konnten wir auf das Know-how und die Unterstützung des ZMRB für den Bereich Menschenrechtsbildung und von humanrights.ch/MERS für die Information und Sensibilisierung zählen. Die beiden Institutionen werden auch künftig wichtige Ansprechpartner für das SKMR bleiben. Ab 2016 beteiligen sich am SKMR somit noch die fünf Universitäten Bern, Freiburg, Genf, Neuenburg und Zürich.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2015

Das SKMR erhält eine Grundfinanzierung vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), für welche es jährlich vereinbarte Dienstleistungen erbringt. Dieser **Bundesbeitrag** betrug nach Abzug der Mehrwertsteuer CHF 925 925.94. Zusätzlich bewilligte der Bund, die 2014 nicht verwendeten Beiträge auf das Folgejahr zu übertragen. Die anderen Beiträge umfassen Rückerstattungen Dritter.

Die **Ausgaben** ergeben sich aus dem Personalaufwand der Geschäftsstelle, den Personalkosten für die Mitarbeitenden der Themenbereiche und der beiden Partnerinstitutionen ZMRB und humanrights.ch/MERS sowie dem Sachaufwand.

Einnahmen aus Aufträgen

Neben der Grundfinanzierung erwirtschaftet das SKMR aus Mandaten von Behörden, Nichtregierungsorganisationen oder der Privatwirtschaft **weitere Mittel**. Die Einnahmen aus Aufträgen ausserhalb der jährlichen Leistungsvereinbarung gingen 2015 von CHF 468 814.20 im Jahr 2014 auf **CHF 334 335.30** zurück. Eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Weiterführung des SKMR könnte eine mögliche Ursache hierfür sein, zumal in der zweiten Hälfte 2015 die Anfragen für Aufträge wieder zunahmen. Das SKMR ist zuversichtlich, dass sich der positive Trend der Vorjahre für das Jahr 2016 wieder erreichen lässt.

Die Erfolgsrechnung für den Bundesbeitrag 2015

| | 2015 | 2014 |
|---|-------------------|-------------------|
| | CHF | CHF |
| Bundesbeitrag (nach Abzug MwSt.) | 925 925.94 | 925 925.94 |
| Übertrag Bundesbeitrag aus den Vorjahren | 22 226.93 | 5764.54 |
| Andere Beiträge | 15 057.32 | 26 828.60 |
| | 963 210.19 | 958 519.08 |
| Personalaufwand Geschäftsstelle | -262 494.75 | -279 329.20 |
| Personalaufwand Themenbereiche und Partnerinstitutionen | -539 015.45 | -556 516.52 |
| Sachaufwand | -111 690.71 | -100 446.43 |
| Vorfinanzierung Bund | -50 009.28 | -22 226.93 |
| | 0.00 | 0.00 |

AUSBLICK

Dank der bisher geleisteten Arbeit kann das SKMR zuversichtlich in die Weiterführungsphase blicken. Weiterführung bedeutet Kontinuität. Das SKMR bleibt ein Netzwerk, das sich durch die Fachkompetenzen der verschiedenen beteiligten Universitäten auszeichnet und Dienstleistungen im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund wahrnimmt.

Dennoch hat die Evaluation der Pilotphase auch Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Wir wollen uns entsprechend auch weiterentwickeln: Die Arbeiten des SKMR werden künftig auf einem Vier-Säulen-Modell beruhen: (1) Schwerpunktthemen ermöglichen, wichtige Themen über längere Zeit hinweg und über die Grenzen der einzelnen Fachbereiche hinaus zu erarbeiten. Das SKMR wird sich unter diesem Titel in nächster Zeit mit den Rechten vulnerabler Gruppen wie etwa ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, dem Zugang zur Justiz sowie mit Freiheitsbeschränkungen und Freiheitsentzug beschäftigen. Daneben wird das SKMR wie bisher (2) Einzelaufträge des Bundes erfüllen und (3) die Berichterstattung der Schweiz vor den UNO-Menschenrechtsorganen sorgfältig begleiten. Schliesslich hoffen wir, (4) mit der Erfüllung von Drittaufträgen die Bedürfnisse vieler weiterer staatlicher und privater Akteure decken zu können.

Neben der Erarbeitung anwendungsorientierter sozialwissenschaftlicher und juristischer Studien will sich das SKMR künftig verstärkt anderen Formaten wie der Durchführung von Tagungen und Weiterbildungsveranstaltungen oder der Erarbeitung von Lehrmitteln widmen. Dies und eine Stärkung der eigentlichen Kommunikationsarbeit sollen die Visibilität des Zentrums bei relevanten Akteuren

weiter erhöhen und seine Stellung als wichtige Institution zur Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz stärken. Das Jahr 2016 wird aber auch deshalb für das SKMR von grosser Bedeutung, weil der Bundesrat über die Errichtung einer definitiven schweizerischen Nationalen Menschenrechtsinstitution nach Abschluss der Weiterführungsphase entscheiden wird.

Schwerpunktthemen für das SKMR ab 2016:

- Rechte vulnerabler Gruppen etwa am Beispiel des Schutzes der Grund- und Menschenrechte von älteren Personen
- Freiheitsbeschränkungen und Freiheitsentzug wie u.a. die Anordnung freiheitsbeschränkender Massnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern
- Zugang zur Justiz mit Fokus auf die gerichtliche Durchsetzung der Rechte der Frauen und der Rechte des Kindes im Verfahren

RAPPORT ANNUEL

2015

Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

AVANT-PROPOS

L'année 2015 s'annonçait cruciale pour le CSDH. La phase pilote de cinq ans a abouti sur une évaluation positive et le Conseil fédéral a décidé de prolonger le mandat du Centre.

Cinquième année du projet pilote

En 2011, le Conseil fédéral a créé le CSDH sous la forme d'un projet pilote de cinq ans et l'a chargé d'évaluer la nécessité, pour la Suisse, de se doter d'une Institution nationale des droits humains indépendante et de collecter des expériences en vue de l'établissement d'une éventuelle institution permanente. L'évaluation menée en 2015 a montré que le CSDH, en partageant des compétences et en sensibilisant des groupes cibles, a fourni un travail de recherche scientifique de qualité et utile à la pratique.

Son mandat ayant été prolongé par le Conseil fédéral le 1^{er} juillet 2015, le CSDH peut continuer d'assumer son rôle de centre de prestations dans le domaine des droits humains jusqu'à l'éventuelle création d'une Institution nationale des droits humains, mais au plus tard jusqu'à fin 2020.

Ces prochaines années seront donc placées sous le signe de la continuité, ce qui n'exclut toutefois pas le changement. En 2015, l'une des tâches du Directoire et du Secrétariat général a consisté à évaluer les expériences faites durant la phase pilote et à adapter l'organisation en conséquence. À l'avenir, le CSDH définira des axes de recherche principaux qui resteront prioritaires plusieurs années. Cette réorganisation vise d'une part à assurer une collaboration plus étroite entre les instituts universitaires membres du réseau et d'autre part à mieux profiler le Centre auprès du public. Elle s'accompagnera aussi d'un renforcement de la communication.

Pertinence pratique

Constitué d'un réseau universitaire, le CSDH travaille selon des critères et des méthodes scientifiques. Pour remplir sa mission, il doit toutefois veiller à fournir des services en lien étroit avec la pratique. Il faut pour cela commencer par identifier les problèmes que rencontrent les autorités ou les individus dans le domaine des droits humains. Le CSDH aspire à aborder ces problèmes d'un point de vue scientifique, en traitant les sujets sous l'angle des droits humains exclusivement. Son objectif est de mettre en évidence des solutions concrètes, qui respectent les exigences découlant de ces droits.

Plusieurs projets menés durant l'année sur laquelle porte ce rapport affichaient une pertinence pratique particulièrement marquée. Ainsi, notre étude sur les normes en matière de droits humains dans le cadre de la détention provisoire et leur application en Suisse n'est pas étrangère aux réformes lancées dans plusieurs cantons dans ce domaine. Notre évaluation du conseil et de la représentation juridiques en vigueur durant la phase pilote de la restructuration du domaine de l'asile a aidé le Conseil fédéral à faire accepter par le Parlement ses propositions de révision de la loi. L'étude sur les premiers effets de l'application du droit de protection de l'enfant dans les cantons de Genève, Vaud et Zurich a eu un grand écho médiatique, les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) s'étant trouvées sous les feux de la critique. Le Manuel de droit suisse des migrations a été très bien reçu par les magistrats, les membres du barreau et les autorités.

Quant au guide pratique sur les libertés fondamentales et les droits humains dans l'aide sociale, à la rédaction duquel le CSDH a participé, il a déjà été utilisé dans le cadre de formations destinées aux personnes travaillant dans le domaine social. Enfin, l'étude sur l'accès à la justice dans le domaine de la protection contre la discrimination commandée par la Confédération est, elle aussi, d'une grande importance pratique; fruit de plusieurs années de travail, elle sera mise à disposition du public en 2016.

Plusieurs de ces projets ont été réalisés pour des tiers, c'est-à-dire en dehors du contrat de prestations qui nous lie à la Confédération. La demande dans ce domaine se confirme, ce qui montre une fois de plus qu'en cinq ans d'existence, le CSDH a su faire reconnaître ses compétences au-delà des milieux universitaires.

Adieux et remerciements

Pour moi aussi, 2015 a été une année spéciale: en fin d'exercice, j'ai non seulement quitté mes fonctions à l'Université de Berne, mais aussi remis ma charge de directeur à mon successeur, Jörg Künzli. Professeur à l'Université de Berne, celui-ci dirige avec succès le domaine thématique Police et Justice depuis la création du CSDH, et continuera à le faire. Notre institution est donc entre d'excellentes mains. Jörg Künzli sera secondé par un Secrétariat général dévoué et compétent, formé d'Evelyne Sturm et de son équipe. Il pourra aussi compter sur l'appui loyal du Directoire et de toutes les collaboratrices et tous les collaborateurs travaillant dans les domaines thématiques ainsi que sur le suivi attentif du Comité de pilotage de la Confédération et du Conseil consultatif. Je suis extrêmement reconnaissant à toutes ces personnes de leur précieux soutien. Je tiens aussi à remercier le Centre de formation aux droits humains de la Haute école pédagogique de Lucerne, et tout particulièrement humanrights.ch/MERS, deux partenaires qui quittent notre réseau, pour leur précieuse contribution.

C'est avec satisfaction que je pense au travail accompli ces cinq dernières années: j'en retiens des projets exigeants, stimulants tant humainement qu'intellectuellement, la chance d'avoir bénéficié d'un soutien appuyé et bienveillant et les nombreuses expériences faites qui montrent que, pour la Suisse aussi, donner aux droits humains la place qui leur revient au quotidien ne va pas de soi.

Walter Kälin



Walter Kälin (ancien Directeur)
et Jörg Künzli (Directeur à partir de 2016)

BILAN ET PERSPECTIVES POUR UNE INSTITUTION NATIONALE DES DROITS HUMAINS

La phase pilote vue de l'extérieur et les conclusions tirées dans l'optique de la création d'une institution permanente

La question des conclusions à tirer du projet pilote pour une future Institution nationale a été l'un des fils rouges de cette dernière année de phase pilote. L'évaluation externe dont a fait l'objet le CSDH, mandatée par la Confédération, a fourni d'importantes réponses, que la prise de position du Conseil consultatif est venue compléter. Enfin, le 9 novembre 2015, des représentant-e-s de la Confédération, des cantons, des villes, des ONG, des organisations internationales et de l'économie ont échangé les expériences faites jusqu'à présent avec le CSDH et envisagé des modèles pour une future institution.

Des prestations jugées bonnes à très bonnes

L'évaluation externe publiée en avril 2015 a été conçue de manière à étudier le CSDH dans son ensemble: elle a abordé tant la structure et le fonctionnement du réseau que la manière dont il est dirigé, l'assurance qualité et l'ancrage institutionnel. Les 102 prestations et publications produites durant les quatre premières années de projet ont été évaluées, et l'impact de l'activité du CSDH analysé.

Les évaluateurs tirent un bilan positif des prestations, et se fondent pour cela sur une enquête menée auprès des mandant-e-s du CSDH et des milieux intéressés. Les personnes interrogées ont en effet jugé la pertinence pratique des activités du CSDH «plutôt élevée» à «élèvée», et la qualité des prestations «bonne» à «très bonne». La note d'ensemble est elle aussi plus que satisfaisante: il en ressort que le Centre a «bien» à «très bien» réalisé les tâches qui lui ont été confiées dans le contrat-cadre et dans les contrats de prestations passés avec la Confédération. L'évaluation révèle en substance que malgré ses moyens limités, le CSDH a été capable de contribuer au renforcement de la politique suisse en matière de droits humains, en particulier pour ce qui est du transfert de compétences spécialisées et de la sensibilisation de groupes cibles déterminés. Elle conclut

que, bien que la Confédération ait été le principal mandant du CSDH, les cantons, les ONG et l'économie privée ont eux aussi fait preuve d'intérêt pour ses activités. Quant à l'utilité du CSDH pour la Suisse, les mandant-e-s interrogé-e-s l'ont jugée «grande» à «très grande».

Pour l'avenir, la majorité des milieux ayant participé à l'enquête se sont prononcés en faveur de la création d'une institution faisant suite au CSDH. Plus de 80 % des personnes interrogées ont mentionné, parmi les conditions indispensables au fonctionnement d'une telle institution, la liberté de publication, la reconnaissance internationale, un financement de base librement disponible et l'indépendance par rapport aux pouvoirs publics.

Le Conseil consultatif recommande la création d'une institution juridiquement autonome

Le Conseil consultatif du CSDH a lui aussi tiré un bilan de l'activité du Centre, dans une prise de position rédigée à l'intention du Conseil fédéral. Les 40 personnalités issues de l'administration, des milieux politiques, des ONG et de l'économie qui en sont membres ont estimé que le CSDH a apporté une plus-value en fournissant des prestations de qualité et de caractère éminemment pratique. Le Conseil consultatif s'est dit impressionné par le niveau d'interdisciplinarité et la taille du réseau de relations du CSDH, deux spécificités qui auraient été hors de portée pour des instituts universitaires isolés. Se fondant sur les expériences faites durant la phase pilote, le Conseil consultatif plaide lui aussi pour la création d'une Institution nationale, qu'il juge utile et nécessaire à la Suisse. Il estime qu'il faudrait adopter une base légale lui conférant le degré d'indépendance nécessaire, que cette institution devrait être juridiquement indépendante, et satisfaire totalement, ou en grande partie, aux exigences des Principes de Paris (les lignes directrices de l'ONU en matière d'Institutions nationales des droits humains). En recommandant d'adopter les bases légales néces-

saires durant la présente législature encore, le Conseil consultatif formule également des attentes par rapport au calendrier.

L'avenir en point de mire

Le Conseil fédéral a fait sienne l'évaluation positive de l'activité du CSDH en décidant, le 1^{er} juillet 2015, de prolonger son mandat jusqu'à l'éventuelle création d'une institution permanente, mais au plus tard jusqu'à fin 2020. Le CSDH continuera donc à fonctionner comme centre de prestations et s'efforcera, dans les limites imposées par le contrat qui le lie à la Confédération, de réaliser les améliorations possibles identifiées par le Conseil consultatif et l'équipe d'évaluation.

Reste à voir si l'adoption d'une base légale permettant la création d'une Institution des droits humains indépendante bénéficiera d'un soutien politique suffisamment large pour que celle-ci voie le jour. Ce qui est certain, c'est que le projet pilote a fourni des conclusions importantes sur la nécessité et l'utilité, pour la Suisse, de se doter d'une telle institution, et qu'il fournit de solides fondements pour la mettre en place le jour où sa création sera décidée.

Le Conseil consultatif du CSDH:

Le Conseil consultatif est constitué de personnalités de l'administration, du monde politique, de l'économie et de la société civile. Il conseille le Directoire pour les questions d'orientations stratégiques.

Membres du Conseil consultatif au 31.12.2015: Hans Ambühl, Doris Angst (Vice-présidente), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Sabrina Dallaflor Matter, Eugen David (Président), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Ulrich E. Gut, Kurt Gysi, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodolliet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Frank Schürmann, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenried. Observatrice: Vreni Müller-Hemmi.

L'évaluation du CSDH et autres bilans du projet pilote:

- Rapport final d'évaluation du CSDH, publié le 2 juillet 2015 sur ARAMIS (en allemand, avec résumé en français)
- Prise de position et recommandations du Conseil consultatif du 29 avril 2015
- Rapport et avis du Directoire du CSDH quant à l'existence d'une future institution des droits humains, du 25 août 2014

ACTIVITÉS 2015

Information, conseils et colloques: le CSDH déploie une large palette d'activités pour aider les pouvoirs publics, la société civile et l'économie à concrétiser les droits humains.

Le CSDH est chargé d'aider divers acteurs en Suisse à mettre en œuvre les obligations internationales en matière de droits humains, et de soutenir ces acteurs dans leurs initiatives. Il fournit à cet effet diverses prestations, notamment sous forme d'études, d'évaluations, d'expertises, de séminaires et de colloques. Nous présentons ci-dessous un condensé des publications et événements de l'année 2015.

Publications 2015

Les publications suivantes ont paru durant l'année sous revue et sont consultables sur le site internet du CSDH (www.csdh.ch):

Corporate Social Responsibility – Rahmenbedingungen für die Förderung und Integration von menschenrechtlichen Inhalten in ein modernes CSR-Verständnis,

17 février 2014, 113 p.

Étude présentant une conception contemporaine de la responsabilité sociale des entreprises (RSE) et comprenant des aspects relevant des droits humains; elle a servi de base à la Confédération pour l'élaboration d'une nouvelle stratégie nationale globale en matière de RSE.

Rechtsschutz und Freiheitszug,

31 juillet 2014, 186 p.

Enquête portant sur la protection juridique et la privation de liberté, réalisée sur mandat du Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP) pour expliquer les mécanismes dont disposent, pour faire valoir leurs prétentions, les personnes détenues en vue de l'exécution d'une peine ou d'une mesure.

Le droit de protection de l'enfant – Les premiers effets de la mise en œuvre dans les cantons de Genève, Vaud et Zurich,

18 décembre 2014, 111 p.

Étude sur les premiers effets de la nouvelle législation sur la protection de l'enfant et notamment sur

l'interdisciplinarité des autorités, l'audition et la représentation juridique de l'enfant.

Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe – Ein Leitfaden für die Praxis, 2015, 128 p.

Ce guide à l'intention des acteurs du social montre quelles questions en lien avec les droits humains et les droits fondamentaux doivent être examinées dans chaque dossier de bénéficiaire de l'aide sociale, et comment prendre des décisions fondées dans le travail social au quotidien. Il a été publié par la section Travail social de la Haute école spécialisée de Lucerne. Le CSDH y a apporté son expertise et en a accompagné l'élaboration.

Manuel de droit suisse des migrations – Bases légales européennes et fédérales du droit suisse des étrangers et de l'asile, 2015, 420 p.

Publication sur les normes du droit européen et suisse de l'asile et des étrangers qui présentent un intérêt pour la Suisse, avec des cas concrets récents et un recueil de jurisprudence.

Untersuchungshaft – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 11 mai 2015, 81 p.

Cette étude sur la détention provisoire analyse les normes internationales en la matière, le cadre légal et la pratique suisses; les auteurs présentent aussi un avis sur la situation actuelle en Suisse.

Étude sur l'éducation scolaire en matière de droits de l'homme en Suisse romande, en particulier sur le Plan d'études romand, 30 juin 2015, 262 p.

État des lieux de l'éducation aux droits humains en Suisse romande, avec des recommandations fondées sur une analyse du Plan d'études romand et sur des recherches empiriques sur l'éducation aux droits humains en milieu scolaire.

Der Schutz vor Antisemitismus in der Schweiz – Zur rechtlichen Situation der jüdischen Gemeinschaft und zur Umsetzung der Erklärung des OSZE-Ministerrates gegen Antisemitismus, 6 décembre 2015, 95 p.

Étude sur la mise en œuvre en Suisse de la Déclaration du Conseil ministériel de l'OSCE de 2014 sur le renforcement des efforts de lutte contre l'antisémitisme et sur la situation juridique de la communauté juive de Suisse.

Manifestations 2015

Menschenrechte und Geschichte – 10. Internationales Menschenrechtsforum Luzern (IHRF), 8 et 9 mai 2015, Lucerne

Contribution au forum de deux jours, organisé par le Centre de formation aux droits humains de la HEP Lucerne: les droits humains et l'histoire étaient au centre de débats, ateliers et tables rondes.

Die UN-Behindertenrechtskonvention zwischen gesellschaftlicher Vision und Alltag,

10 septembre 2015, Lucerne
Contribution au congrès de la section Travail social de la Haute école spécialisée de Lucerne, qui a proposé un espace de réflexion sur les chances et les défis que représente la Convention relative aux droits des personnes handicapées pour les acteurs sur le terrain et pour l'évolution de la politique en faveur des personnes handicapées.

Les recommandations du Comité des droits de l'enfant des Nations Unies à la Suisse,

29 septembre 2015, Berne
Table ronde d'expert-e-s sur trois sujets (Ombudsman pour les droits de l'enfant; enfants en situations de handicap; santé mentale et suicide chez les enfants) qui découlent des Observations finales faites par le Comité des droits de l'enfant des Nations Unies à la Suisse.

Rassemblements et manifestations: de l'autorisation à la gestion des foules – Questions juridiques et pratiques en Suisse,

30 octobre 2015, Berne
Colloque organisé en collaboration avec le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) sur les problèmes que soulèvent les rassemblements politiques pour les autorités suisses.

Le CSDH a cinq ans – Bilan et perspectives pour une Institution nationale des droits humains en Suisse, 9 novembre 2015, Berne

Colloque consacré au bilan des cinq premières années d'activité du CSDH et aux perspectives pour une Institution des droits humains en Suisse.

Vécu précaire en milieu urbain sous l'angle des droits humains, 13 novembre 2015, Neuchâtel

Colloque sur l'ampleur des mécanismes d'exclusion sociale et sur l'importance des droits humains dans ce contexte. Des pistes de solution novatrices ont été débattues, notamment en ce qui concerne le travail et l'emploi, en tenant compte des résultats des recherches menées dans le domaine.

Autres activités 2015

Quelques exemples:

- Divers modules de formation continue dans les domaines de la police, du travail social et de la protection des droits humains à l'échelle internationale;
- Évaluation de la protection juridique dans la procédure d'asile accélérée mise en place par la Confédération;
- Enquête sur l'accès à la justice en cas de discrimination;
- Rédaction d'une newsletter sur la jurisprudence nationale et internationale et les initiatives politiques dans le domaine de la détention;
- Gestion de la base de données consacrée à la loi sur l'égalité (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Extension de l'application Women's Human Rights (www.womenshumanrights.ch);
- Organisation et participation au colloque annuel du Groupe de Thoune. Ce groupe réunit sept banques désireuses de mettre en œuvre dans le secteur financier les principes de l'ONU en matière de droits humains et d'économie.



L'ÉQUIPE DU CSDH

Les membres du Directoire et les collaboratrices et collaborateurs du CSDH en 2015

Changement à la tête du CSDH

Fin décembre, le CSDH a pris congé de son Directeur, Walter Kälin, qui a présenté sa démission après avoir quitté sa fonction de professeur à l'Université de Berne. À la tête du CSDH depuis 2011, Walter Kälin a guidé sa construction, lui faisant bénéficier de son esprit visionnaire. Nous lui devons l'ancrage institutionnel de notre Centre, ce dont nous lui sommes extrêmement reconnaissants.

Jörg Künzli, professeur ordinaire de Droit constitutionnel et de droit international public à l'Institut de droit public de l'Université de Berne, lui succède.

En 2015, les personnes suivantes ont fait partie de l'équipe du CSDH:

Secrétariat général

Walter Kälin (Directeur)
Evelyne Sturm (Directrice administrative)
Lukas Heim (jusqu'en octobre)
Marianne Hochuli
Reto Locher
Nora Martin

Domaine thématique Migration

Gianni D'Amato (membre du Directoire)
Pascal Mahon (membre du Directoire)
Dina Bader
Fanny Matthey
Johanna Probst

Domaine thématique Police et justice

Jörg Künzli (membre du Directoire)
Anja Eugster
Vijitha Fernandes-Veerakatty
Nula Frei
Maria Schultheiss

Domaine thématique Politique genre

Michèle Amacker (membre du Directoire)
Christina Hausamann (membre du Directoire ad interim)
Josefin De Pietro (jusqu'en juin)
Irene Grohsman (jusqu'en mai)
Ira Gurtner (à partir de juillet)
Olga Vinogradova

Domaine thématique Politique de l'enfance et de la jeunesse

Philip Jaffé (membre du Directoire)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Domaine thématique Questions institutionnelles

Eva Maria Belser (membre du Directoire)
Peter Hänni (membre du Directoire)
Andrea Egbuna-Joss

Domaine thématique Droits humains et économie

Christine Kaufmann (membre du Directoire)
Hans Peter Wehrli (membre du Directoire)
Sabrina Ghielmini
Christoph Good (jusqu'en février)
Gabriela Medici (à partir de juillet)
Jonatan Niedrig (à partir de juillet)

Éducation aux droits humains

Peter G. Kirchschläger (membre du Directoire jusqu'en juin)
Thomas Kirchschläger (membre du Directoire à partir de juillet)
Carmen Suter

Information et sensibilisation

Alex Sutter (membre du Directoire)
Christina Hausamann
Isabelle Michaud
David Mühlmann
Beatrice Schild

Photos 1, 2, 4, 6, 7:
Évènement «Le CSDH a cinq ans – Bilan et perspectives pour une Institution nationale des droits humains en Suisse», 9.11.2015

Photos 3, 5:
Colloque «Rassemblements et manifestations: de l'autorisation à la gestion des foules – Questions juridiques et pratiques en Suisse», 30.10.2015

NOUVEAU DROIT DE PROTECTION DE L'ENFANT: TOUT VA POUR LE MIEUX?

Une étude menée par le CSDH dans les cantons de Genève, de Vaud et de Zurich montre que des ajustements sont encore nécessaires pour faire appliquer le nouveau droit de protection de l'enfant.

Un nouveau droit de protection de l'enfant et de l'adulte est entré en vigueur le 1^{er} janvier 2013 en Suisse. Cette révision prévoit notamment une composition interdisciplinaire et professionnelle de l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), tout en laissant une grande liberté aux cantons pour la mise en œuvre. Or, la composition ainsi que le fonctionnement de cette autorité interdisciplinaire peuvent avoir une influence sur la mise en œuvre des droits de l'enfant, et notamment sur le droit d'être entendu et le droit de participer à la procédure. Le CSDH a étudié deux ans durant les premiers effets de ce nouveau droit de protection de l'enfant dans les cantons de Genève, de Vaud et de Zurich. L'étude s'articule autour des obligations qui découlent de la Convention des Nations Unies relative

aux droits de l'enfant et notamment autour de l'obligation de prendre en tout temps en considération l'intérêt supérieur de l'enfant, du droit de l'enfant d'être entendu et de son droit à la participation.

Audition de l'enfant: des formations sont nécessaires

Le droit de protection de l'enfant prévoit que l'enfant sera entendu avant que ne soit prise une mesure de protection, comme la nomination d'un curateur ou, dans les cas graves, le placement de l'enfant. L'audition peut être menée par l'autorité de protection ou déléguée à des tiers, à moins qu'un juste motif – comme le jeune âge de l'enfant – ne s'y oppose. Dans les trois cantons examinés, les auditions sont menées soit par l'autorité de protection, soit par le service chargé de l'enfance et de la jeunesse, soit, dans certains cas, par des psychologues ou des psychiatres externes.

L'enquête a montré que les enfants ne sont pas encore systématiquement entendus, notamment parce que les membres des autorités de protection ne sont pas suffisamment formés à cette tâche. Ceux-ci, comme d'autres personnes actives dans le domaine de la protection de l'enfance, s'accordent sur la nécessité pour les personnes responsables des auditions de

suivre une formation spécifique afin de pouvoir mener à bien cette tâche dans le respect de l'intérêt de l'enfant. S'il existe déjà certaines formations continues en psychologie de l'enfant, technique d'interrogation et mise en confiance de l'enfant durant la procédure, il faudrait toutefois étoffer ces offres. Une formation dans ces domaines permettrait de rendre l'audition des enfants plus systématique.

Définition des rôles et sensibilisation

Dans les trois cantons étudiés, la transition vers une autorité de protection interdisciplinaire, voulue par la nouvelle législation, est soit en cours soit terminée. L'enquête montre que le recours à des spécialistes du travail social et de la psychologie au sein des APEA a débouché sur une redistribution des rôles et des responsabilités entre les membres des autorités de protection et les acteurs du domaine opérationnel (les services chargés de l'enfance et de la jeunesse). Ces services ont besoin de soutien dans la recherche de pistes de solution pour redéfinir ces rôles. Dans le canton de Zurich par exemple, l'Office des communes, auquel revient la surveillance des APEA, ainsi que la Conférence des présidents des APEA ont participé à une démarche pragmatique visant à redéfinir les rôles. L'enquête révèle aussi qu'il est nécessaire de disposer de suffisamment de temps pour coordonner les APEA et les services opérationnels.

La nouvelle législation prévoit également que l'enfant dispose d'une représentation juridique dans la procédure. Tous les acteurs ne considèrent toutefois pas encore la nomination d'un-e représentant-e pour l'enfant comme un progrès et un moyen de renforcer la position de l'enfant. De plus, on ne distingue pas encore exactement la représentation de l'enfant d'autres formes de curatelle. Dans ce domaine, il est indispensable de consentir des efforts afin de tirer les rôles au clair et de sensibiliser les acteurs.

L'enquête relève aussi qu'il est nécessaire de s'assurer de disposer de suffisamment de représentant-e-s compétent-e-s et

expérimenté-e-s. Dans ce domaine, les mesures mises en place dans certaines régions pourraient être source d'inspiration, comme la formation ad hoc d'*«avocat-e-s d'enfants»*, ou la création de réseaux, sur le modèle de ce que propose déjà en Suisse alémanique le Verein Kinderanwaltschaft Schweiz au moyen d'une plateforme sur internet. La commission pour les droits de l'enfant au sein de l'Ordre des avocats de Genève, initiative à laquelle a participé l'association Juris Conseil Junior, est un autre exemple qui illustre comment former et mettre en réseau les avocat-e-s pour enfants.

Perspectives

L'enquête menée dans les trois cantons montre que, quelle que soit l'organisation des institutions cantonales en question, il faut former et sensibiliser davantage tant les membres des autorités de protection que les représentant-e-s juridiques si l'on veut appliquer le droit de protection de l'enfant de manière conforme aux droits de l'enfant. Les exemples de pistes pratiques pour la définition des rôles et la collaboration entre les acteurs, mentionnés dans l'étude, peuvent se révéler intéressants pour les autres cantons également.

APEA: l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte est l'autorité judiciaire ou administrative responsable au niveau cantonal pour les décisions de première instance dans le domaine de la protection de l'enfant et de l'adulte.

Cette étude bilingue peut être téléchargée gratuitement sur le site internet du CSDH.

STRUCTURE ET FINANCES

Départ de deux institutions partenaires.
Diminution temporaire des recettes générées par les mandats.

Le Centre de formation aux droits humains de la Haute école pédagogique de Lucerne (ZMRB) et humanrights.ch/MERS ont quitté le réseau du CSDH à la fin de la phase pilote. Durant ces cinq dernières années, ces deux institutions nous ont fait bénéficier de leur savoir-faire et de leur soutien, le Centre de formation aux droits humains dans le domaine de la formation aux droits humains et humanrights.ch/MERS dans celui de l'information et de la sensibilisation. Toutes deux restent des interlocuteurs privilégiés pour le CSDH. Dès 2016, le réseau est donc formé des cinq Universités de Berne, Fribourg, Genève, Neuchâtel et Zurich.

Explications du compte de résultat 2015

En contrepartie de prestations annuelles contractuelles, le CSDH obtient un financement de base du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Département fédéral de justice et police (DFJP). La **contribution financière de la Confédération** s'est élevée, après déduction de la taxe sur la valeur ajoutée, à 925 925,94 CHF. De plus, la Confédération a concédé au CSDH de pouvoir reporter sur l'année suivante les montants non utilisés des financements versés en 2014. Les autres contributions comprennent des remboursements de tiers.

Les **dépenses** englobent les frais du personnel du Secrétariat général, les coûts du personnel des Domaines thématiques et des deux institutions partenaires, le ZMRB et humanrights.ch/MERS, ainsi que les frais de matériel.

Revenus générés par des mandats

Le CSDH complète ses entrées financières en réalisant des mandats pour les pouvoirs publics, pour des organisations non gouvernementales et pour l'économie privée. Les **entrées provenant de mandats** ne faisant pas partie du contrat de prestations annuel ont baissé, passant de 468 814,20 CHF en 2014 à **334 335,30 CHF** en 2015. Cette diminution s'explique peut-être par l'incertitude qui régnait au sujet de la poursuite ou non des activités du CSDH. Le Centre compte renouer en 2016 avec la tendance positive des années précédentes.

Compte de résultat pour le financement de la Confédération 2015

| | 2015 | 2014 |
|---|-------------------|-------------------|
| | CHF | CHF |
| Financement de la Confédération (après déduction de la TVA) | 925 925.94 | 925 925.94 |
| Report du financement de la Confédération des années précédentes | 22 226.93 | 5764.54 |
| Autres contributions | 15 057.32 | 26 828.60 |
| | 963 210.19 | 958 519.08 |
| Frais de personnel du Secrétariat général | -262 494.75 | -279 329.20 |
| Frais de personnel des Domaines thématiques et des institutions partenaires | -539 015.45 | -556 516.52 |
| Frais de matériel | -111 690.71 | -100 446.43 |
| Financement préalable de la Confédération | -50 009.28 | -22 226.93 |
| | 0.00 | 0.00 |

PERSPECTIVES

Grâce au travail réalisé jusqu'à maintenant, le CSDH peut envisager avec confiance la poursuite de ses activités. Qui dit poursuite dit continuité, et le CSDH reste un réseau qui se distingue par les compétences de ses membres, les Universités, et qui fournit des services dans le cadre d'un contrat de prestations conclu avec la Confédération.

L'évaluation de la phase pilote a toutefois permis d'identifier des possibilités d'amélioration qui serviront de fil rouge à notre action future: à l'avenir, le CSDH articulera ses activités autour de quatre piliers. Le travail par axes de recherche principaux, qui nous permettra de traiter un sujet sur une certaine période et de l'aborder de manière interdisciplinaire, constitue le premier de ces piliers. Dans ce cadre, nous nous pencherons prochainement sur les droits des groupes de personnes particulièrement vulnérables comme les personnes âgées ou les personnes porteuses de handicap, sur l'accès à la justice ainsi que sur les restrictions de liberté et la privation de liberté. Le CSDH continuera à réaliser des mandats pour la Confédération et à suivre la rédaction des rapports que la Suisse présente aux organes des droits humains de l'ONU, et ce sont là le deuxième et le troisième piliers. Enfin, quatrième et dernier pilier, le Centre espère pouvoir répondre aux besoins de nombreux autres acteurs publics et privés en réalisant des mandats pour leur compte.

Tout en continuant à mener des recherches appliquées dans les domaines des sciences sociales et du droit, le CSDH entend se consacrer davantage à d'autres types de services, comme l'organisation de colloques et de formations continues, ou encore l'élaboration de matériel de formation. Conjugué au développement

des activités de communication proprement dites, cette approche doit améliorer la visibilité du Centre auprès des acteurs du domaine et le situer toujours davantage comme institution de référence pour la mise en œuvre des obligations en matière de droits humains de la Suisse. Toutefois, si 2016 sera une année cruciale pour le CSDH, c'est aussi parce que le Conseil fédéral se prononcera sur la question de la création d'une Institution nationale permanente des droits de l'homme à la suite du mandat prolongé du Centre.

Thèmes prioritaires pour le CSDH à partir de 2016:

- Les droits des groupes de personnes particulièrement vulnérables, comme la protection des libertés et des droits fondamentaux des personnes âgées
- Les restrictions et privation de liberté telles que les mesures privatives de liberté prises à l'encontre d'étrangers et étrangères
- L'accès à la justice, en particulier la question de faire valoir les droits des femmes et les droits des enfants dans les procédures judiciaires

RAPPORTO ANNUALE

2015

Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)

PREFAZIONE

Il 2015 è stato un anno di cruciale importanza per il CSDU. La fase pilota di cinque anni si è conclusa con una valutazione positiva e il Consiglio federale ha deciso di prolungare il progetto.

Quinto anno della fase pilota

Per decisione del Consiglio federale, il CSDU è stato concepito come un progetto pilota di cinque anni e fu inaugurato nel 2011. Il suo scopo era chiarire la necessità della Svizzera di dotarsi di un'Istituzione nazionale per i diritti umani indipendente e raccogliere esperienze in vista della creazione di un'eventuale istituzione permanente. La valutazione eseguita nel 2015 ha permesso di stabilire che, attraverso la trasmissione di competenze specialistiche e la sensibilizzazione di diversi gruppi di destinatari, il CSDU ha fornito prestazioni di ricerca di elevata qualità scientifica e al tempo stesso di pertinenza pratica.

Il 1º luglio 2015, il Consiglio federale ha prorogato il mandato del CSDU, che può così avanzare la propria attività come centro di servizi nel settore dei diritti umani fino all'eventuale creazione di un'Istituzione nazionale per i diritti umani, ma al massimo sino alla fine del 2020.

I prossimi anni, quindi, saranno all'inségna della continuità, il che non esclude tuttavia certi cambiamenti. Nel 2015, il Comitato direttivo e il Segretariato generale hanno avuto l'importante compito di valutare le esperienze acquisite durante la fase pilota e, alla luce dei risultati, adottare le misure necessarie per attuare una modifica organizzativa. In futuro, il CSDU si focalizzerà su alcuni temi che rimarranno prioritari per diversi anni. Si mira così, da un lato, a garantire una collaborazione più stretta tra gli istituti universitari che partecipano al progetto, e dall'altro, ad aumentare la visibilità del CSDU presso il grande pubblico, non da ultimo attraverso il previsto rafforzamento della comunicazione.

Rilevanza pratica

Il CSDU è una rete universitaria che opera secondo criteri e metodi scientifici, ma che può assolvere i propri compiti soltanto mantenendo una rilevanza pratica. A tale scopo, occorre identificare i problemi che le autorità o le persone private incontrano nella prassi rispettivamente nella vita quotidiana che riguardano i diritti umani. Il CSDU si prefigge di trattare tali problemi con metodi scientifici e sulla base di un rigoroso orientamento ai diritti umani. L'obiettivo è quello di proporre soluzioni concrete compatibili con le prescrizioni applicabili in questo ambito.

Numerosi progetti realizzati nell'anno in esame hanno avuto importanti effetti pratici. Lo studio sulle norme in materia di diritti umani riguardanti la detenzione preventiva e la loro attuazione in Svizzera ha per esempio indotto diversi Cantoni a varare progetti di riforma in tale settore. La valutazione del servizio di consulenza e rappresentanza legale durante la fase di test per il riassetto del settore dell'asilo ha contribuito a far approvare al Parlamento le proposte del Consiglio federale relative alla revisione della legge sull'asilo. Lo studio sulle prime esperienze nell'ambito dell'attuazione del diritto di protezione dei minori nei Cantoni di Ginevra, Vaud e Zurigo ha suscitato una vasta eco mediatica dopo la pioggia di critiche mosse dall'opinione pubblica alle autorità di protezione dei minori e degli adulti (APMA). Il manuale sul diritto svizzero in materia di migrazione è stato accolto positivamente da magistrati, avvocati e autorità. La guida pratica sui diritti fondamentali e umani nel settore dell'aiuto

sociale, di cui il CSDU è co-curatore, è già stata impiegata in alcuni corsi di perfezionamento per persone attive nel settore sociale. Infine, anche lo studio pluriennale sull'accesso alla giustizia nel campo della protezione contro la discriminazione, elaborato dal CSDU su mandato della Confederazione e la cui pubblicazione è prevista nel 2016, ha avuto risvolti pratici.

Diversi di questi progetti sono stati realizzati per conto di terzi, ossia al di fuori del contratto di prestazioni stipulato con la Confederazione. Il persistere della domanda per questo tipo di mandati costituisce un'ulteriore conferma che, dopo cinque anni, il lavoro svolto dal CSDU è considerato fondamentale anche in ambienti esterni alle università.

Congedo e ringraziamenti

Il 2015 è stato un anno importante anche per il sottoscritto: alla fine di dicembre, infatti, dopo aver lasciato l'Università di Berna, ho ceduto il testimone di Direttore del CSDU al mio successore, il Prof. Jörg Künzli. Quest'ultimo dirige con eccellenti risultati il Settore tematico Polizia e giustizia sin dalla nascita del Centro di competenza e continuerà a farlo anche in futuro. Le sorti del CSDU sono quindi in ottime mani. Jörg Künzli sarà assistito da un Segretariato generale impegnato e competente, formato da Evelyne Sturm e dal suo team, e potrà contare sulla cooperazione leale del Comitato direttivo e di tutti i collaboratori dei settori tematici, come pure sull'attento sostegno del Comitato consultivo e del Comitato di controllo della Confederazione. A tutte queste persone esprimo la mia profonda gratitudine. Ringrazio in particolare i due istituti partner, il Centro per l'educazione ai diritti umani (ZMRB) dell'Alta scuola pedagogica di Lucerna e soprattutto l'associazione humanrights.ch/MERS, che a fine 2015 sono uscite dalla rete.

Lascio la carica di Direttore del CSDU soddisfatto di quanto raggiunto negli ultimi cinque anni e portando con me il ricordo dei progetti tanto ambiziosi quanto stimolanti dal punto di vista

umano e intellettuale per i quali ci siamo adoperati, del grande e benevole sostegno che ho spesso avvertito e delle numerose esperienze da cui ho imparato che attribuire ai diritti umani l'importanza che spetta loro nella vita quotidiana rimane una sfida anche per la Svizzera.

Walter Kälin



Walter Kälin (ex Direttore) e
Jörg Künzli (nuovo Direttore dal 2016)

BILANCIO E PROSPETTIVE PER UNA ISTITUZIONE NAZIONALE PER I DIRITTI UMANI

La fase pilota di cinque anni del CSDU vista dall'esterno e le conclusioni tratte riguardo a una futura istituzione

L'interrogativo sulle conclusioni da trarre dal progetto pilota in vista della creazione di una futura istituzione è stato uno dei fili conduttori dell'ultimo anno della fase pilota. La valutazione esterna del CSDU voluta dalla Confederazione ha fornito importanti risposte, completate da un parere del Comitato consultivo. Il 9 novembre 2015, i rappresentanti della Confederazione, dei Cantoni, della Città, delle ONG, delle organizzazioni internazionali e dell'economia hanno discusso le rispettive esperienze di collaborazione con il CSDU e i possibili modelli per una futura istituzione.

Valutazioni da buone a molto buone per il centro di servizi

La valutazione esterna pubblicata nell'aprile 2015 si è basata su un'analisi ad ampio raggio della struttura e del funzionamento della rete nonché della direzione, della garanzia della qualità e dell'integrazione istituzionale del CSDU. Sono inoltre stati passati in rassegna i 102 progetti (servizi e pubblicazioni) realizzati nei primi quattro anni del progetto pilota ed è stato esaminato l'impatto dell'attività del Centro di competenza.

Per quanto riguarda i servizi forniti, alla luce dei risultati di un'indagine condotta presso i committenti del CSDU e gli ambienti interessati, la valutazione traccia un bilancio positivo. I giudizi degli intervistati sull'utilità pratica delle attività svolte dal CSDU variano da «piuttosto elevata» a «elevata» e quelli sulla qualità delle prestazioni fornite, da «buona» a «molto buona». Anche il giudizio globale risulta positivo: secondo gli intervistati, infatti, il Centro ha svolto da «bene» a «molto bene» i compiti assegnatigli nel contratto quadro e nel contratto di prestazioni. Malgrado le risorse limitate di cui dispone, il CSDU ha fornito importanti contributi al rafforzamento della politica svizzera dei diritti umani, in particolare attraverso la trasmissione di competenze tecniche e la sensibilizzazione di gruppi di destinatari specifici.

Valutazione e altri rapporti che tracciano un bilancio del progetto pilota:

- Valutazione del CSDU, rapporto finale pubblicato su ARAMIS il 2 luglio 2015 (in tedesco con un riassunto in francese)
- Parere e raccomandazioni del Comitato consultivo del CSDU del 29 aprile 2015
- Rapporto sulle esperienze acquisite e parere del Comitato direttivo del CSDU riguardo a una futura Istituzione per i diritti umani del 25 agosto 2014

Il committente principale è stata la Confederazione, ma anche i Cantoni, le ONG e l'economia privata hanno mostrato interesse per le attività del Centro di competenza, come peraltro dimostrano i giudizi dei committenti interpellati riguardo alla sua utilità per la Svizzera, considerata da «elevata» a «molto elevata».

Volgendo lo sguardo al futuro, la maggioranza degli intervistati si è detta favorevole alla creazione di un'istituzione subentrante. Oltre l'80 per cento ha menzionato come presupposti fondamentali per una tale istituzione, la libertà di pubblicazione, il riconoscimento internazionale, un finanziamento di base libero e l'indipendenza dallo Stato.

Il Comitato consultivo del CSDU raccomanda la creazione di un'istituzione giuridicamente autonoma

Anche il Comitato consultivo del CSDU ha tracciato un bilancio dell'attività del Centro in un parere elaborato all'attenzione del Consiglio federale. Secondo le 40 personalità dell'amministrazione pubblica, della politica, delle ONG e dell'economia che lo compongono, il CSDU ha saputo creare un valore aggiunto con i suoi servizi di qualità, specializzati e orientati alla pratica. Il Comitato consultivo si è detto impressionato dal livello di interdisciplinarità e dall'estensione della rete di relazioni del CSDU, che senza un coordinamento tra istituti universitari sarebbero stati impossibili raggiungere. Sulla scorta delle esperienze acquisite durante la fase pilota, anche il Comitato consultivo si pronuncia a favore di un'istituzione subentrante che ritiene «utile e necessaria per la Svizzera»; auspica che le venga riconosciuta per legge una garanzia d'indipendenza sufficiente, che possa essere autonoma sul piano giuridico nonché soddisfare completamente o in gran parte le linee guida dell'ONU per le istituzioni nazionali per i diritti umani, note come i Principi di Parigi. Raccomandando la creazione delle basi legali necessarie nel corso dell'attuale legislatura, il Comitato consul-

tivo ha formulato anche delle aspettative riguardo alla tabella di marcia.

Uno sguardo al futuro

Con la decisione del 1° luglio 2015 di prorogare il mandato del CSDU fino all'eventuale creazione di un'istituzione permanente, ma al massimo sino alla fine del 2020, il Consiglio federale ha fatto sua la valutazione positiva dell'attività sin qui svolta dal Centro di competenza. Il CSDU continuerà quindi a esistere come centro di servizi e, nella misura consentita dai contratti sottoscritti con la Confederazione, tenterà di attuare le proposte di miglioramento indicate dal Comitato consultivo e dal team incaricato della valutazione.

Resta da capire se la creazione di una base legale per un'Istituzione indipendente per i diritti umani otterrà un consenso politico sufficientemente ampio per imporsi. In ogni caso, il progetto pilota ha fornito importanti indicazioni sul bisogno e sull'utilità di un'istituzione di questo tipo e costituisce un'ottima base su cui costruire un'eventuale Istituzione nazionale per i diritti umani.

Comitato consultivo del CSDU: Il Comitato consultivo è composto da personalità dell'amministrazione pubblica, della politica, dell'economia e della società civile. Fornisce consigli al Comitato direttivo del CSDU in merito all'orientamento strategico del Centro.

Membri del Comitato consultivo al 31.12.2015: Hans Ambühl, Doris Angst (Vicepresidente), Liselotte Arni, Marius Beerli, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Sabrina Dallaflor Matter, Eugen David (Presidente), Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Ulrich E. Gut, Kurt Gysi, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Samuel Lanz, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Walter Müller, Markus Notter, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodollet, Rosmarie Quadranti, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Frank Schürmann, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Alec von Graffenreid. Osservatrice: Vreni Müller-Hemmi.

ATTIVITÀ 2015

Informazione, consulenza e convegni: il CSDU assiste autorità, società civile ed economia nell'attuazione dei diritti umani in Svizzera attraverso un ampio ventaglio di attività.

Il CSDU ha il compito di sostenere e rafforzare l'azione di diversi attori operanti in Svizzera nell'ambito dell'attuazione degli obblighi internazionali in materia di diritti umani. A tale scopo, offre vari servizi sotto forma di studi, valutazioni, perizie, seminari, convegni e altre attività.

Questo capitolo fornisce una breve panoramica delle pubblicazioni e delle manifestazioni realizzate nel 2015.

Pubblicazioni del 2015

Le pubblicazioni riportate qui di seguito sono state pubblicate nel 2015 e possono essere consultate sul sito web del CSDU (www.csdu.ch):

Corporate Social Responsibility – Rahmenbedingungen für die Förderung und Integration von menschenrechtlichen Inhalten in ein modernes CSR-Verständnis,
17 febbraio 2014, 113 pag.

Studio incentrato su una concezione moderna della responsabilità sociale d'impresa (RSI) che tiene conto anche dei diritti umani, utilizzato dalla Confederazione come base per elaborare un nuovo piano d'azione nazionale globale sulla RSI.

Rechtsschutz und Freiheitszug,
31 luglio 2014, 186 pag.
Indagine commissionata dal Centro svizzero per la formazione del personale penitenziario (CSFPP) sulle possibilità procedurali offerte ai detenuti che stanno scontando una pena o sono oggetto di una misura di privazione della libertà per far valere i loro diritti.

Le droit de protection de l'enfant – Les premiers effets de la mise en œuvre dans les cantons de Genève, Vaud et Zurich,
18 dicembre 2014, 111 pag.
Studio sui primi effetti dell'attuazione del nuovo diritto in materia di protezione dei minori con un accento particolare sull'interdisciplinarietà delle

autorità di protezione, sull'audizione dei minori e sulla loro rappresentanza legale.

Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe – Ein Leitfaden für die Praxis, 2015, 128 pag.
Guida pratica sugli aspetti inerenti ai diritti fondamentali e umani dei beneficiari dell'aiuto sociale che devono essere esaminati caso per caso e sul modo di procedere per riuscire a prendere decisioni sostenibili nella quotidianità del lavoro sociale. Pubblicazione della Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, elaborata con l'assistenza e il sostegno specialistico del CSDU.

Handbuch Migrationsrecht Schweiz – Europarechtliche und bundesrechtliche Grundlagen des schweizerischen Asyl- und Ausländerrechts, 2015, 437 pag.
Pubblicazione sulle norme del diritto europeo e svizzero in materia di asilo e di stranieri pertinenti per la Svizzera, corredata di esempi concreti attuali e di una raccolta della relativa giurisprudenza.

Untersuchungshaft – Menschenrechtliche Standards und ihre Umsetzung in der Schweiz, 11 maggio 2015, 81 pag.
Analisi degli standard internazionali sulla detenzione preventiva, del quadro legale svizzero e della relativa prassi applicativa, e successiva valutazione sulla scorta del contesto giuridico rilevato.

Schulische Menschenrechtsbildung in der Romandie, 30 giugno 2015, 262 pag.
Analisi della situazione attuale nell'ambito dell'educazione scolastica ai diritti umani nella Svizzera romanda con raccomandazioni di intervento basate su un'analisi del piano di studi romando e su indagini empiriche dell'educazione ai diritti umani nella prassi scolastica.

Der Schutz vor Antisemitismus in der Schweiz – Zur rechtlichen Situation der jüdischen Gemeinschaft und zur Umsetzung der Erklärung des OSZE-Ministerrates gegen Antisemitismus, 6 dicembre 2015, 95 pag.
Studio sull'attuazione in Svizzera della dichiarazione sulla lotta contro l'antisemitismo adottata nel 2014 dal Consiglio dei ministri OSCE e indagine sulla situazione giuridica della comunità ebraica in Svizzera.

Manifestazioni del 2015

Menschenrechte und Geschichte – 10. Internationales Menschenrechtsforum Luzern (IHRF), 8 – 9 maggio 2015, Lucerna

Sostegno del forum di due giorni organizzato dal Centro per l'educazione ai diritti umani dell'Alta scuola pedagogica di Lucerna volto ad approfondire, attraverso diverse tavole rotonde, seminari e panel, alcuni temi attuali del dibattito sui diritti umani e la storia.

Die UN-Behindertenrechtskonvention zwischen gesellschaftlicher Vision und Alltag, 10 settembre 2015, Lucerna

Intervento al congresso organizzato dalla Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, che ha proposto una piattaforma di riflessione comune sulle opportunità e le sfide poste dalla convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità per la prassi e l'ulteriore sviluppo della politica a favore dei disabili.

Die Empfehlungen des UNO-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz,

29 settembre 2015, Berna
Convegno di esperti dedicato a tre temi prioritari (difensore civico indipendente dei diritti dell'infanzia, bambini con disabilità, salute mentale e suicidio di bambini) selezionati dalle osservazioni conclusive del Comitato ONU per i diritti del fanciullo indirizzate alla Svizzera.

Kundgebungen und Demonstrationen: Von der Bewilligung bis zum Crowd Management – Aktuelle Rechts- und Praxisfragen in der Schweiz, 30 ottobre 2015, Berna

Convegno sulle sfide che le autorità svizzere devono affrontare nella gestione di manifestazioni politiche, organizzato in collaborazione con il Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE).

5 Jahre SKMR – Bilanz und Perspektiven für eine Nationale Menschenrechtsinstitution in der Schweiz, 9 novembre 2015, Berna

Convegno volto a tracciare un bilancio dei cinque anni di attività del CSDU e a presentare le prospettive per un'Istituzione per i diritti umani in Svizzera.

Prekäres Leben in der Stadt aus menschenrechtlicher Sicht, 13 novembre 2015, Neuchâtel

Convegno sulla portata dei meccanismi di esclusione sociale e sull'importanza dei diritti umani in questo ambito. Discussione di soluzioni innovative incentrate sul lavoro e sull'occupazione che tengono conto dei risultati di recenti studi.

Altre attività del 2015

Alcuni esempi:

- Diversi moduli di perfezionamento nei settori della polizia, del lavoro sociale e della tutela internazionale dei diritti umani;
- Valutazione della protezione giuridica nella procedura di asilo accelerata della Confederazione;
- Indagine sull'accesso alla giustizia nei casi di discriminazione;
- Redazione di una newsletter sulla giurisprudenza nazionale e internazionale e sulle iniziative politiche riguardanti la privazione della libertà;
- Gestione della banca dati riguardanti la legge sulla parità dei sessi (www.gleichstellungsgesetz.ch);
- Ampliamento della App Women's Human Rights (www.womenshumanrights.ch);
- Organizzazione e partecipazione al convegno annuale del Thun Group of Banks. In questo gruppo sette banche si confrontano con l'attuazione nel settore finanziario delle linee guida dell'ONU concernenti l'economia e i diritti umani.

PERSONALE

Membri del Comitato direttivo
e collaboratori del CSDU nel 2015



Cambio alla guida del CSDU

A fine dicembre 2015, il CSDU si è congedato dal suo primo Direttore, il Prof. em. Walter Kälin, che, dopo aver ricevuto il titolo di professore emerito dall'Università di Berna, ha rassegnato le dimissioni anche dalla carica di Direttore del CSDU. Alla guida del CSDU dal 2011, Walter Kälin ne ha curato la creazione con grande lungimiranza riuscendo a integrarlo nel panorama istituzionale, ciò di cui gli siamo profondamente grati.

Il nuovo Direttore, Jörg Künzli, è professore ordinario di diritto pubblico e internazionale all'Istituto di diritto pubblico dell'Università di Berna.

Nel 2015 lavoravano per il CSDU le seguenti persone:

Segretariato generale

Walter Kälin (Direttore)
Evelyne Sturm (Direttrice amministrativa)
Lukas Heim (fino a ottobre)
Marianne Hochuli
Reto Locher
Nora Martin

Settore tematico Migrazione

Gianni D'Amato (membro del Comitato direttivo)
Pascal Mahon (membro del Comitato direttivo)
Dina Bader
Fanny Matthey
Johanna Probst

Settore tematico Polizia e giustizia

Jörg Künzli (membro del Comitato direttivo)
Anja Eugster
Vijitha Fernandes-Veerakatty
Nula Frei
Maria Schultheiss

Settore tematico Politica di genere

Michèle Amacker (membro del Comitato direttivo)
Christina Hausammann (membro ad interim del Comitato direttivo)
Josefin De Pietro (fino ad giugno)
Irene Grohsman (fino a maggio)
Ira Gurtner (da luglio)
Olga Vinogradova

Settore tematico Politica dell'infanzia e della gioventù

Philip Jaffé (membro del Comitato direttivo)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Settore tematico Questioni istituzionali

Eva Maria Belser (membro del Comitato direttivo)
Peter Hänni (membro del Comitato direttivo)
Andrea Egbuna-Joss

Settore tematico Diritti umani ed economia

Christine Kaufmann (membro del Comitato direttivo)
Hans Peter Wehrli (membro del Comitato direttivo)
Sabrina Ghielmini
Christoph Good (fino a febbraio)
Gabriela Medici (da luglio)
Jonatan Niedrig (da luglio)

Educazione ai diritti umani

Peter G. Kirchschläger (membro del Comitato direttivo fino a giugno)
Thomas Kirchschläger (membro del Comitato direttivo da luglio)
Carmen Suter

Informazione e sensibilizzazione

Alex Sutter (membro del Comitato direttivo)
Christina Hausammann
Isabelle Michaud
David Mühlmann
Beatrice Schild

Immagini 1, 2, 4, 6, 7:

Convegno per i 5 anni del CSDU: bilancio e prospettive per un'Istituzione per i diritti umani in Svizzera, 9.11.2015

Immagini 3, 5:

Convegno sul tema dei raduni e delle manifestazioni: dall'autorizzazione alla gestione della folla – Questioni giuridiche e pratiche attuali in Svizzera, 30.10.2015

NUOVO DIRITTO IN MATERIA DI PROTEZIONE DEI MINORI: TUTTO A GONFIE VELE?

Uno studio condotto dal CSDU nei Cantoni di Ginevra, Vaud e Zurigo rileva una necessità d'intervento nell'attuazione del nuovo diritto.

Il 1° gennaio 2013 in tutta la Svizzera è entrato in vigore un nuovo diritto in materia di protezione dei minori e degli adulti. La revisione prevede una composizione interdisciplinare e professionale delle autorità di protezione dei minori e degli adulti (APMA), pur concedendo ai Cantoni un ampio margine di manovra a livello di attuazione. La composizione e il funzionamento di queste autorità interdisciplinari possono influenzare la realizzazione dei diritti dei minori, in particolare il diritto di essere ascoltato e il diritto di partecipare alla procedura. In uno studio condotto sull'arco di due anni, il CSDU ha esaminato da vicino i primi effetti del nuovo diritto per la protezione dei minori nei Cantoni di Ginevra, Vaud e Zurigo sulla base degli obblighi previsti nella Convenzione ONU sui diritti del fanciullo, primi tra tutti quello di agire secondo il principio dell'interesse superiore

del bambino e quello di garantire al bambino il diritto di essere ascoltato e di partecipazione.

Bisogno di formazione per l'audizione di bambini

Secondo il diritto per la protezione dei minori, prima che venga ordinata una misura di protezione, come la nomina di un curatore o, nei casi gravi, il collocamento presso terzi, il bambino deve essere ascoltato. L'audizione può essere condotta dall'autorità di protezione o delegata a persone terze, purché non vi si opponga alcun motivo importante come per esempio l'età. Nei tre Cantoni esaminati, le audizioni vengono effettuate in parte dalle autorità di protezione dei minori, in parte dal servizio di aiuto all'infanzia e alla gioventù e in alcuni casi da psicologi o psichiatri esterni.

L'indagine ha evidenziato che le audizioni dei bambini non sono sempre effettuate in modo sistematico e ciò tra l'altro a causa della carente formazione del personale delle APMA. I membri delle autorità di protezione dei minori e altre persone attive in questo ambito intervistati sono concordi nell'affermare che i responsabili delle audizioni dovrebbero avere una

Le APMA sono le autorità giudiziarie o amministrative responsabili a livello cantonale delle decisioni di prima istanza in materia di protezione dei minori e degli adulti.

formazione specifica per poter svolgere questo compito nel rispetto dell'interesse del bambino. Esistono già alcuni corsi di perfezionamento in psicologia pediatrica, tecniche di audizione e interazione con il bambino durante la procedura, ma l'offerta non è sufficiente. Una formazione specifica di questo tipo permetterebbe di procedere in modo più sistematico all'audizione dei bambini.

Bisogno di chiarimento dei ruoli e di sensibilizzazione

Nei tre Cantoni esaminati, il passaggio a un'autorità interdisciplinare di protezione dei minori e degli adulti come richiesto dalla nuova legislazione è ancora in corso oppure già avvenuto. L'indagine mostra che l'integrazione nelle APMA di specialisti in lavoro sociale e psicologia ha reso necessaria una ridefinizione dei ruoli e delle responsabilità dei membri di tali autorità e degli attori del settore operativo (servizio di aiuto all'infanzia). Poiché nella ricerca di possibili soluzioni tali servizi necessitano di un sostegno, nel Cantone di Zurigo, per esempio, il Gemeindeamt in qualità di organo di vigilanza delle APMA e l'Unione dei presidenti delle APMA contribuiscono a un confronto attivo e pragmatico sulla ripartizione dei ruoli in questione. L'indagine ha altresì evidenziato che per coordinare le APMA e i servizi operativi occorre prevedere risorse di tempo sufficienti.

Tra le novità introdotte dal nuovo diritto rientra anche la rappresentanza legale dei minori durante la procedura, ma la nomina di una figura preposta a tale compito non è ancora considerata da tutti come un valore aggiunto e un rafforzamento della posizione del bambino. In particolare, vige una certa confusione riguardo alla distinzione tra rappresentanza legale del bambino e altre forme di assistenza. In questo ambito si rileva ancora un importante bisogno di chiarimento dei ruoli e di sensibilizzazione.

Occorre inoltre chiarire come sarà possibile riuscire a disporre di rappresentanti legali dei minori dotati della necessaria competenza ed esperienza. A questo pro-

posito potrebbero rivelarsi utili misure come la formazione specifica di cosiddetti «avvocati dei bambini» o la creazione di reti come quella creata nella Svizzera tedesca dall'associazione Kinderanwaltschaft Schweiz mediante un portale on line. Istituita tra l'altro su iniziativa dell'associazione Juris Conseil Junior, la commissione dei diritti dei bambini dell'ordine degli avvocati di Ginevra è anch'essa un esempio pratico di promozione della formazione e dell'interconnessione degli avvocati dei bambini.

Prospettive

Lo studio condotto nei tre Cantoni citati mostra che, indipendentemente dall'assetto istituzionale, per un'attuazione del diritto di protezione dei minori compatibile con i diritti del fanciullo, occorre puntare su ulteriori misure di formazione, di perfezionamento e di sensibilizzazione, destinate sia ai membri delle APMA sia ai rappresentanti legali. Le soluzioni pratiche menzionate nello studio come esempio di chiarimento dei ruoli e di collaborazione tra i vari attori possono interessare anche altri Cantoni alle prese con l'attuazione del nuovo diritto.

Lo studio bilingue (tedesco e francese) del CSDU può essere scaricato gratuitamente dal sito web del Centro di competenza.

STRUTTURA E FINANZE

Partenza delle due istituzioni partner a fine 2015.
Diminuzione temporanea dei proventi generati da mandati.

Alla fine della fase pilota, il Centro per l'educazione ai diritti umani (ZMRB) dell'Alta scuola pedagogica di Lucerna e l'associazione humanrights.ch/MERS hanno lasciato la rete dei partner del CSDU. Nei cinque anni trascorsi, lo ZMRB ha fornito know-how e sostegno al Centro di competenza nel settore Educazione ai diritti umani e humanrights.ch/MERS nel settore Informazione e sensibilizzazione. Entrambe le istituzioni rimarranno importanti interlocutori per il CSDU anche in futuro. Dal 2016, quindi, la rete sarà composta dalle università di Berna, Friburgo, Ginevra, Neuchâtel e Zurigo.

Spiegazioni relative al conto economico 2015

Il CSDU riceve dal Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) un finanziamento di base per prestazioni concordate annualmente. Nel 2015, il **contributo federale** al netto dell'IVA è stato pari a CHF 925 925.94. Inoltre, la Confederazione ha autorizzato il riporto nell'anno successivo dei contributi non utilizzati nel 2014. Gli altri contributi comprendono i rimborsi di terzi.

Le **uscite** riguardano gli oneri per il personale del Segretariato generale, dei settori tematici e delle due istituzioni partner, lo ZMRB e humanrights.ch/MERS, nonché i costi operativi.

Proventi da mandati

In aggiunta al finanziamento di base, il CSDU acquisisce **ulteriori mezzi** svolgendo mandati conferiti da autorità, organizzazioni non governative ed economia privata. Nel 2015, i proventi da incarichi fuori dal contratto di prestazioni annuale sono diminuiti da CHF 468 814.20 nel 2014 a **CHF 334 335.30**. All'origine di questa flessione potrebbe esserci l'incertezza sulla prosecuzione delle attività del CSDU, ipotesi avvalorata dalla ripresa dei mandati registrata nella seconda metà dell'anno. Per il 2016, il CSDU è convinto di riuscire a ripristinare la tendenza positiva degli scorsi anni.

Conto economico del contributo 2015 della Confederazione

| | 2015 | 2014 |
|--|-------------------|-------------------|
| | CHF | CHF |
| Contributo federale (al netto dell'IVA) | 925 925.94 | 925 925.94 |
| Contributo federale riportato dagli anni precedenti | 22 226.93 | 5764.54 |
| Altri contributi | 15 057.32 | 26 828.60 |
| | 963 210.19 | 958 519.08 |
| Oneri per il personale del Segretariato generale | -262 494.75 | -279 329.20 |
| Oneri per il personale dei settori tematici e delle istituzioni partner | -539 015.45 | -556 516.52 |
| Spese materiali | -111 690.71 | -100 446.43 |
| Prefinanziamento della Confederazione | -50 009.28 | -22 226.93 |
| | 0.00 | 0.00 |

PROSPETTIVE

Grazie al lavoro svolto sinora, il CSDU può guardare con fiducia alla prosecuzione delle sue attività. La prosecuzione significa continuità. Il CSDU rimane una rete che si contraddistingue per le competenze specialistiche delle varie università partecipanti e che fornisce servizi nel quadro di un contratto di prestazioni stipulato con la Confederazione.

Nondimeno, la valutazione della fase pilota ha evidenziato anche possibili miglioramenti. Il CSDU vuole cogliere questi spunti per svilupparsi ulteriormente. In futuro, le attività del Centro di competenza saranno incentrate su quattro pilastri: (1) la fissazione di temi prioritari per affrontare problemi importanti su un periodo più lungo e con un approccio interdisciplinare; in quest'ottica, prossimamente il CSDU si occuperà dei diritti dei gruppi vulnerabili come le persone anziane o con disabilità, dell'accesso alla giustizia nonché delle restrizioni e della privazione della libertà; (2) lo svolgimento di singoli mandati della Confederazione; (3) l'assistenza durante l'allestimento dei rapporti della Svizzera all'attenzione degli organi dell'ONU per i diritti umani e (4) l'attuazione di mandati di terzi per coprire le necessità di molti altri attori statali e privati.

In aggiunta all'elaborazione di studi di utilità pratica nel campo giuridico e delle scienze sociali, in futuro il CSDU intende dedicarsi maggiormente ad altri tipi di servizi come l'organizzazione di convegni e corsi di perfezionamento o l'elaborazione di materiale didattico. Tutto ciò, unito a un rafforzamento della comunicazione, accrescerà ulteriormente la visibilità del Centro di competenza presso gli attori rilevanti e consoliderà la sua posizione di istituzione di riferimento per l'adempimento degli obblighi assunti dalla Svizzera in materia di diritti umani. A rendere il 2016 un anno particolarmente importante per il CSDU contribuirà non da ultimo la

decisione che il Consiglio federale prenderà quest'anno in merito alla creazione di un'Istituzione nazionale permanente per i diritti umani al termine dell'attuale fase di prosecuzione.

Temi prioritari del CSDU dal 2016:

- Diritti dei gruppi vulnerabili (per es. tutela dei diritti fondamentali e umani delle persone anziane)
- Restrizioni e privazione della libertà (per es. applicazione di misure restrittive della libertà nei confronti di cittadini stranieri)
- Accesso alla giustizia con particolare attenzione alla tutela giudiziaria dei diritti delle donne e dei bambini durante la procedura

IMPRESSUM / IMPRESSION / SIGLA EDITORIALE

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Centre suisse de compétence pour les droits humains
Centro svizzero di competenza per i diritti umani

Schanzeneckstrasse 1
Postfach / Case postale / Casella postale
3001 Bern / 3001 Berne / 3001 Berna
Tel.: + 41 (0)31 631 86 51
skmr@skmr.unibe.ch
www.skmr.ch / www.csdh.ch / www.csdu.ch

Redaktion / Rédaction / Redazione
Evelyne Sturm, Alex Sutter, Marianne Hochuli

Übersetzung / Traduction / Traduzione
Nadine Cuennet Perbellini, Sandra Verzasconi Catalano

Gestaltung / Conception graphique / Impaginazione
Büro z {grafik design}, Bern

Grafikvorlage Titelbild / Modèle visuel couverture / Modello grafico copertina
Magma – die Markengestalter, Bern

Bilder / Photos / Foto
Géraldine Lutz, SKMR

Auflage / Tirage / Edizione
400

Druck / Impression / Stampa
Ast & Fischer AG, Wabern

© 2016 Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
© 2016 Centre suisse de compétence pour les droits humains
© 2016 Centro svizzero di competenza per i diritti umani